

Peter Wahl

Zum Ausgang der EU-Wahlen

Fünf Thesen

1. Wichtigstes Ergebnis: Politisches Chaos in Frankreich

Eigentlich sind die Wahlen des EU-Parlaments im Vergleich zu nationalen Wahlen in großen Mitgliedsländern vergleichsweise unbedeutend. In der machtpolitischen Hierarchie der Brüsseler Institutionen ist das Parlament Schlusslicht. Es fehlt ihm auch die wichtigste Funktion eines Parlaments, die Gesetzesinitiative, und es gilt nicht das grundlegende demokratische Prinzip „*Ein Mensch – eine Stimme*“, denn für einen Sitz sind in Deutschland zehn mal mehr Stimmen nötig als in Malta (sog. *regressive Proportionalität*). Leider muss auch in einer Linken, in der viele den Supranationalismus der EU mit Internationalismus verwechseln, immer wieder an den undemokratischen Charakter des Herrschaftsprojektes EU erinnert werden.

Im Vorfeld wurden die Wahlen zu Schicksalswahlen gehypt, weil die extreme Mitte um den Verlust ihrer Mehrheit durch die neue Rechte bangte. Die gewannen zwar deutlich hinzu, aber der herrschende Block aus Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen hat wieder seine Mehrheit. Insofern also nichts Neues.

Dennoch haben die Wahlen eine Schockwirkung erzeugt, nicht wegen der Erfolge der extremen Rechten, sondern weil der französische Exponent der extremen Mitte, Macron, nach der krachenden Niederlage seiner Partei völlig überraschend Neuwahlen für die französische Nationalversammlung anordnete.

Statt die Lage zu klären, haben die französischen Wahlen zu Chaos geführt. Es stehen sich jetzt drei Machtblöcke in der Nationalversammlung gegenüber, von denen keiner die zur Regierungsbildung nötige absolute Mehrheit hat. Damit steht das zweitgrößte Land der EU vor einer Handlungsblockade, die bereits jetzt zu krassen innenpolitischen Verwerfungen führte. Dabei nutzt Macron skrupellos die Macht, die ihm die autoritäre Verfassung der Fünften Republik gewährt, um eine Regierung unter Beteiligung der stärksten Partei auf der Linken, *La France Insoumise*, zu verhindern. Gegenwärtig (Ende Juli) weiß niemand, wie lange sich die Krise hinziehen und wie sie ausgehen wird. (1)

2. Eine Bürde für die ganze EU

Das Chaos in Frankreich ist auch eine Belastung für die EU und absorbiert einiges an Handlungsspielräumen in Brüssel. Entscheidungen sind mit mehr Ungewissheit über die zukünftige Entwicklung konfrontiert. Frankreichs Position ist sowohl innerhalb der EU als auch nach außen hin geschwächt. Macron wird zunehmend als „*lahme Ente*“ wahrgenommen. Aber auch das Image der EU in der Weltöffentlichkeit wird davon in Mitleidenschaft gezogen.

Geschwächt sind auch jene Strömungen in der EU, die sich im Anschluss an Macrons Neo-Gaullismus für mehr Eigenständigkeit gegenüber den USA einsetzen.

All das geschieht vor dem Hintergrund von – durchaus berechtigten – Abstiegsängsten der EU angesichts der geopolitischen Umbrüche in der Welt, den Kriegen in der Ukraine und Nahost und der innenpolitischen Krise der Supermacht USA.

3. Aufstieg der extremen Rechte in den Ursprungsländern des Integrationsprozesses

Auffällig ist der Erfolg der extremen Rechten in den Ländern, mit denen die europäische Integration in den 1950er Jahren begann: Le Pen in Frankreich, AfD in Deutschland, Meloni (schon vor den EU-Wahlen) in Italien, Geert Wilders in den Niederlanden (ebenfalls schon vor den EU-Wahlen) und in Belgien die N-VA und der Vlaams Belang. Lediglich Luxemburg ist eine Ausnahme.

Die Tendenz ist Indiz für einen drastischen Legitimitätsverlust der EU, denn die meisten Parteien der Neuen Rechten nehmen aus nationalistischen Motiven eine kritische Haltung zumindest zur weiteren Vertiefung der Integration ein. Da die Mehrheit der Linken eine grundsätzliche Kritik an der EU aufgegeben und sich staatstragend in den europäischen Mainstream eingefügt hat, wird die Neue Rechte von vielen als einzig relevante Kraft gegen den Brüsseler Neoliberalismus und Bellizismus wahrgenommen.

In dieses Bild passen auch die Verluste der Liberalen, Sozialdemokraten und Grünen, die als Avantgarde des Europäismus auftreten.

4. Deutsche Trends: AfD weiterhin stark, Pleite der Ampel, Erfolg von BSW

Die AfD ist trotz aller Gegendemonstrationen, trotz Skandalen und trotz massiven Einsatzes zweifelhafter Instrumente gegen sie, wie dem Inlands-Geheimdienst (sog. *Verfassungsschutz*), zweitstärkste Partei bundesweit. Sie hat fast 5% zugelegt und ist im Osten sogar stärkste Partei, während die Ampelparteien verloren haben, besonders drastisch die Grünen. Im linken Spektrum ist DIE LINKE auf existenzbedrohende Weise eingebrochen, während BSW aus dem Stand 6,2% holte.

Für die bevorstehenden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen werden sich den Prognosen zufolge die Trends aus der EU-Wahl noch verstärken.

D.h. die Instabilität des etablierten Parteiensystems hat zugenommen und dürfte auch weiter zunehmen. Das ist Ausdruck der allgemeinen Krise und der daraus resultierenden Verunsicherung und politischen Polarisierung. Die Zeiten, in denen die BRD als Insel der Stabilität galt, sind definitiv vorbei.

5. Konsequenzen für emanzipatorische Europapolitik

Wenn sowohl innenpolitisch als auch international dramatische Veränderungen auftreten, kann emanzipatorische Politik nicht Business as usual machen. Die strategische Verarbeitung der neuen Situation ist natürlich ein Prozess, der noch am Anfang steht. Insofern sind die folgenden Punkte als Diskussionsanstöße zu verstehen:

- Die EU ist in eine neue Etappe eingetreten. Auch wenn schon früher der Anspruch Friedensprojekt zu sein, ideologisch war, so sind die Sehnsucht nach Weltmachtstatus, der aggressive Bellizismus und das militaristische Auftreten eine neue Qualität. Die Nominierung von Kaja Kallas, eine russophobe Fanatikerin, als Außenbeauftragte, ist nur ein Beleg unter vielen. Die Weichen sind auf eine lange Periode von Konfrontation, Rüstungswettlauf und Kaltem Krieg gestellt. Wie immer unter solchen Bedingungen tragen hauptsächlich die subalternen Klassen und Schichten die sozialen und ökonomischen Lasten. Auch die Demokratie erodiert nach ihren Verfallserscheinungen durch das *there is no alternative* des neoliberalen Autoritarismus jetzt zusätzlich, wenn die EU zur militaristischen Wagenburg wird. Es braucht daher mehr denn je grundlegende EU-Kritik von links.
- Die Strategie, die extreme Rechte in Kategorien von Faschismus/Antifaschismus stoppen zu können, ist gescheitert. Der inflationäre Gebrauch des Faschismusvorwurfs hat – ähnlich wie der des Antisemitismusvorwurfs – den Begriff zur Analyse einer offen terroristischen Herrschaftsvariante des Kapitalismus zum Kampfbegriff entwertet und den historischen Faschismus damit verharmlost. Wenn Russland den Einmarsch in die Ukraine als antifaschistische Aktion

rechtfertigt, oder die Antifa die Vorlesungen des AfD-Gründers Lucke, ein Nationalkonservativer mit neoliberalen Einschlag, mit dem Argument sprengt, dieser sei ein Faschist, so wird das Gegenteil dessen erreicht, was man wollte. In vielen Fällen greift der Faschismusvorwurf auch deshalb nicht, weil rechtsextreme Parteien sich nicht nur verbal der extremen Mitte annähern, sondern programmatische Positionen real aufgeben. Die systemischen Anpassungszwänge der liberalen Demokratien gehen auch an der Neuen Rechten nicht spurlos vorbei. Die Linke weiß selbst ein Lied davon zu singen, wie Parlamentarismus und das Streben nach Regierungsbeteiligung die politische Substanz verändert. Dementsprechend sind Rechtsextreme, wie z.B. die FPÖ, nach Wahlniederlagen auch wieder in die Opposition gegangen.

- Es ist deshalb ein strategischer Fehler emanzipatorischer Politik, sich nur auf die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten zu kaprizieren, und die extreme Mitte darüber zu vernachlässigen, oder – schlimmer noch – sich unter deren Hegemonie in eine vermeintliche ‚Front der Demokraten‘ einspannen zu lassen. Insbesondere der materielle wie mentale Militarismus der extremen Mitte ist brandgefährlich – nach innen wie nach außen. Wir haben es also mit zwei Gegnern zu tun. Das macht die Lage zwar noch komplizierter, aber solange die Linke nicht mehr als eigenständige Größe, sondern als angepasstes Anhängsel der extremen Mitte statt als Alternative für Unzufriedenheit und Protest in den multiplen Krisen des Kapitalismus wahrgenommen wird, sind weder der Aufstieg der Rechten noch ihr eigener Niedergang zu stoppen.

(1) Ausführlicher zu den Wahlen in Frankreich siehe: Wahl, Peter. Frankreich - Von der Krise ins Chaos. In: Makroskop, 11.7.2024. <https://makroskop.eu/24-2024/frankreich-von-der-krise-ins-chaos/>